

10 Anfragen (schriftlich)

10.1 Annenpassage als Sportstätte (GR Thomas Horst Alic, KPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
eine Möglichkeit, der Passage dringend notwendiges neues Leben einzuhauchen, ist angesichts des Sportjahres 2021 gleich in mehrerlei Hinsicht attraktiv: aus leerstehenden Geschäftsräumlichkeiten wetterunabhängige Sportmöglichkeiten zu schaffen! Ein zentral gelegenes, sportliches Vorzeigeprojekt würde das Bahnhofsviertel zweifelsfrei aufwerten. Der Kreativität in der Ausgestaltung sind dabei keine Grenzen gesetzt: Kleinfeldballfelder mit oder ohne Bande, Squash, Federball, Fitness-Trainingsgeräte, Tischtennis, Skaterring für Rollschuhe, etc.

Bereits im März habe ich eine Idee von Jugendlichen aufgegriffen und dazu einen Antrag eingebracht. Leider haben wir hierauf keine Antwort erhalten.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich für eine Nutzung der Annenpassage als Sportstätte einzusetzen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.2 Transport von RollstuhlfahrerInnen in Regionalbussen in Graz
(GR Horst Alic, KPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
die Holding hat fast ihren ganzen Fuhrpark barrierefrei gestaltet, lediglich einige wenige Straßenbahnen sind noch nicht rollstuhl- oder kinderwagengerecht. Das ist für die Landeshauptstadt Graz eine sehr gute Entwicklung. Anders allerdings sieht es bei Regionalbussen der Verbundlinie aus, die zwar oftmals Hebevorrichtungen haben, aber trotzdem diese nicht nutzen, um RollstuhlfahrerInnen zu transportieren. Vor Inklusionsschulen, etwa bei der Karl-Schubert-Schule, wurde mehrfach beobachtet, dass an der Haltestelle wartende Jugendliche nicht mitgenommen wurden. Darauf angesprochen, wurde den aufmerksamen Mitfahrenden gesagt, dass die Hebeanlage defekt sei oder aber, dass die FahrerInnen gar nicht wissen, wie diese funktioniert. Oft wird den Jugendlichen auch angeboten, dass sie anstatt mit der Hebebühne sicher einsteigen zu können, vom Busfahrer und einer zufällig anwesenden Person, die "stark aussieht", die Stiegen hinaufgehoben werden. Dieses Hineinheben durch unbekannte Personen ist wegen der Verletzungsgefahr und der Haftungsfrage für alle Beteiligten eine nicht akzeptable Vorgangsweise. Das ist für die heutige Zeit, in der Inklusion großgeschrieben wird und das Thema richtigerweise sehr viel Aufmerksamkeit bekommt, nicht mehr akzeptabel.
Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind sie bereit, das Gespräch mit den Verbundlinien aufzunehmen und diese beobachteten Situationen zur Sprache zu bringen und dafür zu sorgen, dass der korrekte Transport von RollstuhlfahrerInnen im gesamten Stadtgebiet gesichert ist?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.3 Zusätzlicher Fonds als Unterstützung für Pflegeausbildung
(GRⁱⁿ Elke Heinrichs, KPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
die ausreichende Bereitstellung der diversen Ausbildungsplätze für die verschiedenen Pflegeberufe stellt die Grundlage dafür dar, dass überhaupt genügend Pflegekräfte für den Bedarf unserer Bevölkerung vorhanden sind und sein werden.

Zur Ausbildung stehen jedoch hauptsächlich Menschen bereit, die sich diese Ausbildung auch leisten können. In privaten Ausbildungsstätten muss die Ausbildung natürlich selbst bezahlt werden. UmsteigerInnen und Arbeitssuchende können sich die erforderlichen bzw. gewünschten Ausbildungen meistens deshalb nicht leisten, weil während der Ausbildungszeit die Lebenshaltungskosten nicht gedeckt werden können; trotz unterschiedlicher Unterstützungsangebote, die von GraFo, ZAM, AMS angeboten werden. In zu vielen Fällen sind die Zuschüsse aber für die Menschen, welche sich für einen Pflegeberuf interessieren bzw. entscheiden möchten, schlichtweg nicht ausreichend.

Abgesehen davon, dass die gesellschaftlich sehr gefragte Ausbildung eigentlich kostenlos sein sollte, sollte schon während der Ausbildung ein attraktives Entgelt ausbezahlt werden. In der Fragestunde vom 23. März 2021 habe ich an Herrn Stadtrat Hohensinner die Frage gestellt, ob es denkbar wäre, den GraFo auszuweiten, um dem drohenden Pflegenotstand zu begegnen. Am 15. April 2021 erhielt ich eine dankenswerter Weise eine sehr ausführliche Beantwortung seitens des Sozialamtes. Darin heißt es, dass „seit Beginn der Covid-19-Pandemie eine erhöhte Nachfrage beim GraFo zu bemerken war, dass das Interesse an Weiterbildung im Bereich der körpernahen Dienstleistungen im Jahr 2020 aber etwas schwächer war als noch 2019.“ Es wird das System GraFo genau erklärt, festgehalten, dass es „wesentlich ist, den GraFo in der derzeitigen Form beizubehalten“ und – dass „eine zusätzliche, vom GraFo

unabhängige, spezifische Unterstützung für Ausbildung im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe in der Stadt Graz zu prüfen wäre.“

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich für einen zusätzlichen Fonds neben dem GraFo – wie in der Beantwortung vom Sozialamt angeregt – speziell für die Unterstützung während der Ausbildung in Gesundheits- und Pflegeberufen einzusetzen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.4 Schutz des Naturjuwels Gradnerstraße – Hafnerstraße
(GR Christian Sikora, KPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
zwischen Gradner- und Hafnerstraße, östlich der Autobahn, liegt ein im Laufe der Jahrzehnte wild gewachsenes und einzigartiges Naturjuwel, welches von Deponien, Gewerbebetrieben und Siedlungsgebiet umgeben ist. Hier hat die Natur sich eindrucksvoll die Oberhand gesichert. Die AnrainerInnen wünschen sich, dass diese unberührte Fauna erhalten bleibt. Es wäre für die von Verbauung stark betroffenen Bezirke Straßgang und Puntigam eine einmalige Chance, wenn dieses Areal erhalten bliebe und als Naturpark für die Bevölkerung gesichert wird. Laut Flächenwidmungsplan ist dieses Gebiet doch als Bauland ausgewiesen; sprich, es könnte verbaut werden. Eigentümer der Flächen sind die Römisch-Katholischen Pfarrpfründen zu Straßgang. In der letzten Gemeinderatssitzung im Juni 2021 fragte ich

Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl, wie Sie zu einem Erhalt der Flächen stehen. Sie verwiesen auf den gültigen Flächenwidmungsplan und hoffen lediglich, dass die Kirche dieses Naturjuwel nicht so schnell verbaut bzw. an Bauinvestoren verkauft. Falls dies doch der Fall werden sollte, stellten Sie in Aussicht, dass von Seiten der Stadt darauf geachtet wird, dass zumindest 20 Prozent als siedlungsöffentlicher Park erhalten bleibt. Kleinere Flächen könnten der Öffentlichkeit als Sport- oder Spielflächen zur Verfügung stehen.

Anstatt passiv zu warten, ob die Flächen verbaut werden, könnte man jedoch aktiv für die Sicherung der Naturflächen eintreten. Beispielsweise könnte die Stadt mit der Kirche Straßgang in Verhandlung treten, um das gesamte Areal für 100 Jahre zu pachten. Somit wäre auch für nachfolgende Generationen garantiert, dass bitter notwendige Natur erhalten bliebe. Auch in Hinsicht auf die globale Erwärmung sind solche Grünflächen äußerst wichtig, da diese Schadstoffe aus der Luft filtern und auch die nähere Umgebung abkühlen. Außerdem sind solche Naturoasen ein wichtiger Rückzugsort für Mensch und Tier!

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, mit der Römisch-Katholischen Kirche Gespräche zu führen, um das einzigartige Naturjuwel von der Kirche beispielsweise auf 100 Jahre zu pachten, damit diese Fläche für nachfolgende Generationen gesichert wird.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.5 Hitzebedingte Mortalität
(GR Mag. Gerald Kuhn, Grüne)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

es ist ein Faktum, dass die Anzahl der Hitzetage in Österreich in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat. Darüber gibt es jede Menge wissenschaftliche Studien und Beiträge in den Medien. Vor allem ältere Menschen leiden sehr stark unter der Hitze. Die Hitze wirkt sich auch auf die Mortalitätsrate aus.

Es gäbe viele Möglichkeiten, um den Hitzetagen in den Städten entgegenzuwirken.

Einige Beispiele seien hier stellvertretend aufgezählt: massives Anpflanzen von Bäumen in allen Straßenzügen und auf Plätzen, mehr Wasserflächen in der Stadt, möglichst helle Dach- und Häusergestaltung, die Schaffung einer Vielzahl von größeren und kleinen Parkanlagen, der Verzicht auf unnötig viel Asphalt und Beton. Diese Maßnahmen müssten jedoch flächendeckend umgesetzt werden.

Daher richte ich an Sie folgende

Anfrage:

1. Gibt es aktuelle Zahlen über Hitzetote in Graz?
2. Wie sehen konkrete Pläne der Stadt aus, um ältere Menschen vor Hitze zu schützen?
3. Sind die Abteilungen Stadtplanung, Grünraum und Gewässer mit der Gesundheitsbehörde beim Thema Hitze im regelmäßigen Austausch? Wie sehen die Zielvorgaben in diesem Bereich aus?
4. Gibt es im Bereich alte Menschen und Hitze einen Austausch mit der WHO bzw. mit Age-Friendly Cities/ altersfreundlichen Städten und Kommunen?
5. Wie sehen die Strategien der Stadt Graz aus, um Hitzetage in der Stadt zu reduzieren?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.6 Blühwiesenanteil auf öffentlichen Grünflächen
(GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 4. Juli 2019 habe ich einen dringlichen Antrag mit dem Titel „Mehr Artenschutz in die Stadt“ gestellt, der vom Grazer Gemeinderat erfreulicherweise einstimmig angenommen wurde. Unter anderem wurde folgende Forderung von allen Parteien beschlossen: „Die Stadt Graz bekennt sich zu den Zielen des Artenschutzes und bemüht sich, diese in ihrem Wirkungsbereich bestmöglich zu unterstützen.“

Im Motiventext des dringlichen Antrags wurde besonders auf die Anlage von extensiven insektenfreundlichen Wiesen auf Teilflächen unserer öffentlichen Parks eingegangen:

„Es wäre wünschenswert, dass der Anteil an Blühwiesen in öffentlichen Parks mindestens 20 % der Fläche beträgt. Um das Angebot insektenfreundlicher zu gestalten, sollten hinkünftig auch bei der Neubepflanzung von gemeindeeigenen Flächen im Sinne der Artenvielfalt und Bienenverträglichkeit deren Förderung sowie Aspekte des Artenschutzes stärker berücksichtigt werden. Bei bereits bestehenden bepflanzten Flächen sollte geprüft werden, ob sie bienen- bzw. insektenfreundlich gestaltet sind, und gegebenenfalls eine Umgestaltung vorgenommen werden.“

Da in der vorliegenden Teilerledigung des dringlichen Antrags der Aspekt konkreter Umsetzungsmaßnahmen auf unseren städtischen Grünflächen offenblieb, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens der Grünen-ALG folgende

Anfrage:

- 1.) Wie hoch ist aktuell der prozentuelle Anteil an insektenfreundlichen Blühwiesen in den Grazer öffentlichen Parks? In welchen Parks wurden Blühwiesen angelegt und werden diese Flächen extensiv bewirtschaftet?

- 2.) Wurde bei der Neubepflanzung von gemeindeeigenen Flächen die Förderung der Artenvielfalt und Bienenverträglichkeit berücksichtigt und wenn ja, auf welchen Flächen und durch welche Maßnahmen?
- 3.) Hat auf bestehenden bepflanzten Flächen eine Umgestaltung in Richtung mehr Insektenfreundlichkeit stattgefunden? Wenn ja, durch welche Maßnahmen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.7 Evaluierung Familienhärtefonds/Ersuchen an die Bundesregierung (GRⁱⁿ Mag.^a Susanne Bauer, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Anlässlich der Corona-Krise wurde von der Regierung ein Familienhärtefonds im Frühjahr 2020 eingerichtet. Unterstützung aus dem Fonds gibt es für Familien, die zum Stichtag 28. Februar 2020 erwerbstätig waren und dann aufgrund von Corona in Kurzarbeit geschickt oder arbeitslos wurden. Weitere Voraussetzungen: österreichischer Hauptwohnsitz, spätestens zum Zeitpunkt der Antragstellung muss für mindestens ein im Familienverband lebendes Kind Familienbeihilfe bezogen werden, und es gibt Einkommensgrenzen. Eltern, welche aufgrund der Krise in Kurzarbeit waren/sind und Familien, die beträchtlichen Einkommensverluste hinnehmen mussten/müssen, haben die Möglichkeit, einen Antrag auf Leistungen aus dem Familienhärtefonds zu stellen.

Voraussetzung dafür ist, dass gewisse Einkommensgrenzen nicht überschritten werden, auch ist nur eine einmalige Antragstellung für die maximale Dauer von drei Monaten möglich.

Ab März 2020 bis heute haben rund 100.000 Familien (ein Fünftel davon Alleinerziehende) einmalig im Durchschnitt 1.300 Euro aus dem

Corona-Familienhärtefonds für die gesamte Dauer der Pandemie erhalten. Und es wurde bis jetzt noch nicht alles, im Konkreten 131 Millionen aus dem mit 200 Millionen dotierten Fonds, ausgeschüttet. Nachdem die Corona-Krise bereits über ein Jahr dauert und nach wie vor viele ArbeitnehmerInnen von Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit betroffen sind, befinden sich aktuell viele Familien in einer finanziell sehr prekären Situation. Hier helfen Kontinuität bei der finanziellen Unterstützung für Familien, analog zu den kontinuierlichen und nicht einmaligen Unterstützungen für Unternehmen. Nachdem die Antragstellung beim Familienhärtefonds nur einmal (!) erfolgen kann, besteht keine Möglichkeit mehr, eine weitere Leistung aus diesem Fonds zu erhalten. Außerdem gibt es keinen Rechtsanspruch auf die Leistungen aus dem Fonds, auch endete die Antragstellung am 30. Juni 2021.

Was in Summe weder zielführend noch sinnvoll zu sein scheint. Stattdessen sollte seitens der Bundesregierung aufgrund der Dauer der Pandemie und der daraus resultierenden Belastungen für die Familien der Familienhärtefonds dahingehend evaluiert werden, dass

- ein Rechtsanspruch auf Leistungen aus dem Familienhärtefonds bei Unterschreiten gewisser Einkommensgrenzen besteht;
- eine mehrmalige/quartalsmäßige Antragstellung (auch im Nachhinein) möglich ist und
- die Frist zur Antragstellung analog der Antragstellung zur Frist der Kurzarbeit ist.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

ob Sie bereit sind, ein entsprechendes Ersuchen an die Bundesregierung betreffend eine Evaluierung des Familienhärtefonds gemäß Motivenbericht vorbereiten zu lassen

und bereits in der nächsten Sitzung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.8 Hackschnitzelanlage im Grüngürtel
(GR Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bürgerinnen und Bürger, die den Grazer Grüngürtel rund um den Roseggerweg als Erholungsgebiet nutzen und/oder dort ihren Wohnsitz haben, sind durch ein

angebliches Vorhaben rund um eine Hackschnitzelanlage mehr als irritiert.

Angeblich gibt es die Absicht, am Roseggerweg auf der Höhe des Gasthofes

„Roseggerhof“ eine Lagerhalle zur Lagerung von Hackschnitzel für den Eigengebrauch zu errichten, wofür bereits eine Baubewilligung erteilt worden sei. Darüber hinaus soll

es beabsichtigt sein, Hackschnitzel mit einem Groß-LKW über den Roseggerweg zum

Anbindungspunkt Stiftingtalstraße zu transportieren. Ein derartig großes Bauvorhaben

und auch der dazu benötigte Verkehrsweg mitten durch den Grazer Grüngürtel wirft

natürlich eine Reihe von Fragen auf.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

1. Entspricht es der Wahrheit, dass am Roseggerweg auf der Höhe des „Roseggerhofs“ die Genehmigung zur Errichtung einer großen Lagerhalle für Hackschnitzel für den Eigenbedarf erteilt wurde?

2. Wenn ja, mit welcher Begründung wurde mitten im Grazer Grüngürtel die Errichtung einer Lagerhalle bewilligt?
3. Wenn eine Bewilligung erteilt wurde, wann wurde dieses Ansuchen gestellt und wann die Bewilligung erteilt?
4. Es häufen sich die Beschwerden von SpaziergeherInnen, dass in diesem Bereich der Waldbestand zurückginge. Liegt eine Bewilligung für Schlägerungsarbeiten im Grüngürtel vor?
5. Entspricht es den Tatsachen, dass die An- und Abfahrt mit Schwer-LKWs zur Anlage über die Stiftingtalstraße führen soll?
6. Wenn ja, wo findet der Eigenbedarf an Hackschnitzel statt? Oder sind diese Transporte gewerblicher Natur?
7. Wo befinden sich die Hackschnitzelanlagen, für die eine Lagerhalle errichtet werden soll?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.